N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklun ges

am Dienstag, dem 19.08.2008

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 24.06.2008
- 3 70 - 14 0893/2008 Fällung von Bäumen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht am Hohen Weg;
hier: Antrag von einer Anwohnerin des Hohen Weges
- 4 05 - 14 0886/2008 Verkehrssituation Borgheeser Weg;
hier: Eingabe Nr. 9/2008 von Herrn Dieter Koditek;
- 5 05 - 14 0898/2008 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. N 8/2 – Budberger Straße – (Teil 2)
hier: 1) Bericht über die durchgeführten frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit
gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
2) Beschluss zur Offenlage
- 6 05 - 14 0900/2008 Planfeststellung für den Neubau einer Anschlussstelle an der A3/L90 – Netterdensche Straße –;
hier: Stellungnahme der Stadt Emmerich am Rhein als Träger öffentlicher Belange
- 7 05 - 14 0902/2008 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 13/2 - Groendahlscher Weg -;
hier: 1. Abwägung der im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungen eingegangenen Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss
- 8 05 - 14 0903/2008 9. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL I/1 - Am Dudel -;
hier: 1. Aufstellungsbeschluss
2. Beschluss zur Offenlage
- 9 05 - 14 0897/2008 Außenbereichssatzung „Hauberg“ gemäß § 35 Abs. 6 BauGB;
hier: 1. Aufstellungsbeschluss
2. Offenlage
- 10 05 - 14 0895/2008 Ausbau der Stokkumer Straße
- 11 05 - 14 0905/2008 Straßenbeleuchtung Hüthumer Straße;
hier: Antrag Nr. IX/2008 der BGE-Ratsfraktion

- 12 05 - 14 0906/2008 Zusammenarbeit mit der Stiftung "Rheinische Kulturlandschaft" betr. Zusammenarbeit bei künftigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen; hier: Antrag Nr. VIII/2007 der CDU-Ratsfraktion
- 13 Mitteilungen und Anfragen
- 14 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind: Lang, Hermann
als Vorsitzender

Die Mitglieder: Bartels, Gerd-Wilhelm (für Mitglied Janssen)
Beckschaefer, Christian (für Mitglied Spiertz)
Bluhm, Lothar
Brink ten, Johannes
Brockmann, Manfred
Evers, Korinna
Fallaschinski, Peter
Faulseit, Michael
Gorgs, Hans-Jürgen
Jansen, Albert
Jessner, Udo
Labod, Jörg (für Mitglied Hinze)
Lindemann, Willi (für Mitglied Byloos)
Reintjes, Kurt
Schoppmann, Bernd
Sickelmann, Ute
Sloot, Birgit
Tepaß, Udo
Ulrich, Herbert (für Mitglied Hövelmann)
Wardthuysen, Günter

Von der Verwaltung: Bürgermeister Diks, Johannes
Erster Beigeordneter Dr. Wachs, Stefan
Kemkes, Jochen
Baumgärtner, Michael
Hoffmann, Nicole als Schriftführerin

Vorsitzender Lang eröffnet um 17.00 Uhr die öffentliche Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

I. Öffentlich

1 Einwohnerfragestunde

Herr Went meldet sich zu Wort. Er merkt an, dass im Internet die Tagesordnung und die Vorlagen zu dieser Sitzung nicht einzusehen sind. Für die interessierten Bürger ist es somit schwerlich, in die Vorlagen einzusehen.

Hierauf teilt Erster Beigeordneter Wachs mit, dass die Tagesordnung mit Vorlagen für jeden Bürger zur Einsicht im Rathaus bereit liegt. Damit sind die Vorgaben, die seitens der Verfassung der Gemeinde vorgegeben sind, erfüllt.

Anmerkung der Verwaltung: Eine Rücksprache beim Fachbereich 1 hat ergeben, dass derzeit Probleme mit dem Internet bestehen. An der Behebung dieser wird gearbeitet.

Nunmehr geht Herr Went auf die derzeitige Verkehrssituation am Fischerort ein. Eine Anwohnerin teilte ihm heute mit, dass es derzeit lebensgefährlich sei, aus einem Haus am Fischerort herauszugehen, da Fahrzeuge aus Richtung Steinstraße mit überhöhter Geschwindigkeit den Fischerort befahren. Das Schild „Anwohnerstraße“ ist abgedeckt, so dass davon auszugehen ist, dass das Tempo „Schrittgeschwindigkeit“ aufgehoben ist. Über die derzeitige Parksituation sind auch die Geschäftsleute am Fischerort nicht erfreut. Er fragt an, warum die Verkehrsregelung so gewählt wurde.

Hierauf erwidert Herr Kemkes, dass die gewählte Verkehrsführung eine relativ einfache Verkehrsführung ist. Die Bereiche, die sonst über die Straße „Wassertor“ angefahren werden, sollen über die Steinstraße/Alter Markt/Fischerort angefahren werden. Diese Einbahnstraßenregelung wurde in Abstimmung mit der Polizei vereinbart. Vom Verkehrsablauf ist es die einfachste und praktikabelste Lösung.

Ferner fragt Herr Went an, ob seitens der Verwaltung beabsichtigt ist, den Fischerort vom Ordnungsamt regelmäßiger zu kontrollieren, zumal häufig falsch geparkt wird. Er hält die jetzige Regelung verkehrsgefährdender als die, die beim Radrennen getroffen wird. Sollte ein Bürger an der Einfahrt von der Kirche in den Fischerort das Schild „Einfahrt verboten“ nicht sehen und wie gewohnt hier einfahren, so muss er auf einmal mit Begegnungsverkehr rechnen. Es handelt sich hierbei nur um eine Frage der Zeit, bis ein Unfall passiert. Die Bürger und Geschäftsleute sind mit der Regelung sehr unzufrieden. Sollte nicht kurzfristig eine andere Regelung getroffen werden wird es sicherlich für die Ratssitzung einen entsprechenden Antrag geben. Da diese Ratssitzung jedoch erst in 3 Wochen stattfindet muss man damit rechnen, dass die Unzufriedenheit noch weiter zunehmen wird.

Auf seinen Leserbrief hatte er eigentlich eine Reaktion seitens der Verwaltung erwartet.

Herr Kemkes erwidert, dass von der Verwaltung solche Dinge selbstverständlich zur Kenntnis genommen werden. Im Zuge der Abwicklung von Baustellen steht die Verwaltung immer in Kontakt mit der Polizei, d. h. diese Dinge werden auch mit der Polizei und dem Ordnungsamt besprochen. Momentan befindet man sich in diesem Bereich noch in der Gewöhnungsphase, so dass kein Handlungsbedarf besteht. Seitens der Polizei und der Ordnungsbehörde erfordert diese neue Situation ein erhöhtes Augenmerk auf mögliches Fehlverhalten.

Herr Went merkt an, dass er die Polizei hier noch nicht gesehen hat.

2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 24.06.2008

Einwände gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegten Niederschrift werden nicht erhoben. Sie wird somit vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet

3 70 - 14 0893/2008 Fällung von Bäumen im Rahmen der

Verkehrssicherungspflicht am Hohen Weg;

hier: Antrag von einer Anwohnerin des Hohen Weges

Mitglied ten Brink teilt für seine Fraktion mit, dass man der Vorlage zustimmt. Ferner stellt er ergänzend zur Vorlage den Antrag, den Baum vor Hs.-Nr. 15 ebenfalls zu fällen.

Mitglied Tapaß stellt für seine Fraktion ergänzend zur Vorlage den Antrag, den Baum vor Hr.-Nr. 98 zu fällen. Dieser Baum hat das Fundament/Mauerwerk bereits beschädigt und bei der Ausfahrt stellt dieser Baum eine Gefährdung dar.

Für Mitglied Sickelmann stellt sich die Situation so dar, dass durch diese Einzelfallentscheidung der Ansatz zur „baumlosen Straße“ wieder geschaffen wird. Es handelt sich hier um alten landschaftsprägenden Lindenbaumbestand. Eine entsprechende Bürgerbeteiligung hätte in diesem Fall erfolgen müssen, mit dem Ziel, den Baumbestand auf Dauer zu erhalten und auf Dauer hinter einer Baumreihe einen Geh- und Radweg anzulegen. Ferner vermisst sie einen Polizeibericht „vor und nach Fällung der Bäume“, ob es sich bei diesem Bereich um einen Unfallschwerpunkt handelt. Mit der Fällung der Bäume ohne die verkehrsdämpfenden Maßnahmen wird sich die Fahrgeschwindigkeit auf der Straße erhöhen, so dass der Verkehrssicherungszustand noch unsicherer wird. Auch ist nicht zu befürworten, dass bei einer durchgeführten Ortsbesichtigung noch 2 weitere Bäume gefällt werden sollen.

Mitglied Beckschaefer erwidert, dass sich durch die beiden zusätzlichen Baumfällungen das Tempo nicht erhöhen wird. Für seine Fraktion teilt er mit, dass er sich dem Antrag der Verwaltung, dem ergänzenden Antrag von Mitglied ten Brink und Mitglied Tapaß anschließt.

Mitglied Tapaß ergänzt den Antrag dahin gehend, dass die Ersatzpflanzung auf der Straße „Hoher Weg“ zu erfolgen hat.

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass es nicht Ziel sein kann, die Straße für den LKW-Verkehr zugänglich zu machen. Es muss ein konzeptioneller Ansatz gefunden werden, wie langfristig der Baumbestand zu erhalten ist.

Zur Ersatzpflanzung teilt Herr Baumgärtner mit, dass seinerzeit auf der Nordseite des Hohen Weges die Linden gefällt werden mussten und eine entsprechende Ersatzpflanzung erfolgte. Die hier erforderliche Ersatzpflanzung wird selbstverständlich nicht an gleicher Stelle erfolgen. Auf dem Hohen Weg befinden sich mehrere Bereiche, wo durch kranke oder abgängige Bäume Lücken entstanden sind, wo diese Ersatzpflanzung realisiert wird.

Mitglied Sickelmann ist bei der Ortsbesichtigung aufgefallen, dass sehr junge Nachpflanzungen nicht angegangen sind bzw. sich nicht gut entwickeln. Vielleicht wäre hier die Möglichkeit, die Ersatzpflanzung vorzunehmen.

Vorsitzender Lang lässt nunmehr über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit den Ergänzungen von Mitglied ten Brink und Mitglied Tapaß abstimmen.

Mitglied Sickelmann fordert den Polizeibericht an, da durch die Wegnahme dieser Sichtbarrieren das Tempo sicherlich erhöht wird.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung stimmt der Entfernung der in der Vorlage bezeichneten Bäume zu. Ferner stimmt er der Fällung der Bäume vor Hs.-Nr. 15 und 98 zu. Weiterhin beschließt der Ausschuss für Stadtentwicklung, dass die durchzuführenden Ersatzpflanzungen auf der Straße „Hoher Weg“ zu erfolgen haben.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**4 05 - 14 0886/2008 Verkehrssituation Borgheeser Weg;
hier: Eingabe Nr. 9/2008 von Herrn Dieter Koditek;**

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass man mit der Stellungnahme nicht zufrieden ist. Diese Eingabe hatte man mit dem Ziel an den Ausschuss verwiesen, dass man dem Bürger entgegenkommt. Auch, wenn die Erdbewegungen nunmehr abgeschlossen sind, hat der Bürger selbstverständlich Recht mit dem Status der Straße. Die Straße wird sehr viel von Erholungssuchenden (Spaziergänger, Radfahrer, Wanderer) genutzt. Sie fragt gezielt nach, ob man den Status der Straße ändern kann.

Mitglied Beckschaefer kann sich der Wortäußerung von Mitglied Sickelmann nur teilweise anschließen. In diesem speziellen Fall hat sich das Problem von alleine gelöst, da die Baumaßnahme an der Budberger Straße zwischenzeitlich abgeschlossen wurde. Für die Zukunft sollte man aber solche Eingaben nicht erst an den Fachausschuss verweisen, sondern sofort handeln. Hinsichtlich der Überlegung einer anderen Einstufung der Straße bittet er die Verwaltung um entsprechende Prüfung.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs führt aus, dass es keinen Zweck hat, eine Ratseingabe vor den Sommerferien einzuleiten und erst nach den Sommerferien zu beantworten. Damals wurde dem betroffenen Bürger vor dem tatsächlichen Hintergrund der Situation die Antwort sofort gegeben. Hätte man eine Situation vorgefunden, die abzustellen gewesen wäre, wäre dies auch seitens der Verwaltung erfolgt. Weiter teilt er auf Anfrage mit, dass der Bürger eine entsprechende Nachricht erhält.

Mitglied ten Brink führt aus, dass sich solche Situationen grundsätzlich nicht vermeiden lassen. In Zukunft wird das gleiche bei der großen Baumaßnahme „Kaserne“ passieren, wo die Ostermayerstraße einen Mehrverkehr an Fahrzeugen erfahren wird.

Mitglied Sickelmann wirft ein, dass nicht Ziel sein kann, den Mehrverkehr über die Ostermayerstraße und den empfindlichen Naherholungsbereich abzuwickeln. Das gleiche gilt bei Abschluss der Betuweplanungen für die anderen Straßen, wie Hoher Weg. Aus diesem Grund hatte sie angeregt zu prüfen, ob man den Status der „Gemeindestraße“ aufheben kann, um solchen Begehrlichkeiten entgegenzuwirken.

Herr Kemkes erläutert, dass in der Vorlage erwähnt wurde, dass letztendlich, wenn Überlegungen dahin gehend angestellt werden, den Status einer Straße zu verändern, dies mit Verlagerungen von Verkehren einhergeht. In der Vorlage ist dargelegt, wenn landwirtschaftlicher Verkehr diesen Weg wählt, der Verkehr auf die B 220 verlagert würde. Die Auswirkungen auf die B 220 müssen daher auch hier im Auge behalten werden. Bei dieser Vorlage handelt es sich um ein „Sonderproblem“, was nicht dazu führen sollte, grundlegende Verkehrsänderungen durchzuführen.

Nunmehr meldet sich Mitglied Sloot zu Wort und teilt mit, dass man differenzieren muss. Die normalen Verkehre sind auf einen Fixpunkt festgelegt, der meistens zur gleichen Zeit angefahren wird. Die allerdings dort erfolgten Verkehre hätten ihrer Meinung nach dort nicht erfolgen müssen.

Grundsätzlich muss man sich im Vorfeld darüber unterhalten, wie solche Maßnahmen

abgewickelt werden müssen. Sollte also nochmals eine solche Maßnahme anstehen plädiert sie dafür, diese Straßen nicht für diese Transporte freizugeben. Die landwirtschaftlichen Fahrzeuge haben ein enormes Gefahrenpotential; die Geschwindigkeit wird seitens der Bürger oftmals unterschätzt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 5 05 - 14 0898/2008 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. N 8/2 – Budberger Straße – (Teil 2)**
hier:
1) Bericht über die durchgeführten frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
2) Beschluss zur Offenlage

Die Mitglieder Tepas und Beckschaefer stellen gemeinsam den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass sie der Vorlage nicht zustimmt. Des Öfteren wurde angemerkt, dass der gesamtwirtschaftliche Nutzen (Kosten für die Allgemeinheit) nicht öffentlich transparent gemacht wurde. Die Größe des Gewerbegebietes sind 2 Vollerwerbsbetriebe, von dem pro ha 13 Arbeitskräfte abgezogen werden. Die Ausweisung und Ansiedlung im Hinblick für den Nutzen für die Stadt Emmerich wird kritisch bewertet. Das gleiche gilt für den nachfolgenden Tagesordnungspunkt, wo die Kosten ebenfalls durch die Allgemeinheit zu tragen sind.

Zu 1)

Zu I.a) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregungen von Herrn ten Brink mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu II.a) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass in die Begründung zum Bebauungsplan ein Passus zur Löschwasserversorgung aufgenommen wird.

Zu II.b) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregungen der Deutschen Telekom AG mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu II.c) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass im Rahmen der Offenlage eine artenschutzrechtliche Prüfung planungsrelevanter Arten erfolgt und die Ergebnisse dieser Prüfung bis zum Satzungsbeschluss vorliegen müssen.

Zu II.d) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass in Punkt 4.3.3. der Begründung klarzustellen ist, dass im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Detailplanung die hydraulische Leistungsfähigkeit des Gewässers „W 14.1“ zu untersuchen ist, und dass die weiteren Anregungen und Hinweise der Unteren Wasserbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

- Zu II.e)** Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass in die Begründung zum Bebauungsplan ein Passus zur Löschwasserversorgung aufgenommen wird.
- Zu II.f)** Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, das Verfahren zur 39. Änderung des FNP erst dann weiterzuführen und die Trassen nachrichtlich zu übernehmen, wenn die Trassenführungen zum 3. BAB 3 – Anschluss und zur Ortsumgehung Klein-Netterden (L 90) planfestgestellt sind.
- Zu II.g)** Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die textliche Festsetzung 1.1 des Bebauungsplanes wie folgt zu formulieren:
 „Gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB wird festgesetzt, dass die im Plangebiet zeichnerisch und textlich festgesetzten Nutzungen solange unzulässig sind, bis die Belange der Bodendenkmalpflege im Plangebiet abschließend berücksichtigt sind und eine Unbedenklichkeitserklärung für die angestrebte Nutzung durch das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege ausgestellt wird.“
- Zu II.h)** Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregungen des Deichverbandes Bislich-Landesgrenze mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

zu 2)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt den vorliegenden Entwurf zum Bebauungsplan Nr. N 8/2 – Budberger Straße – (Teil 2) als Offenlegungsentwurf und beauftragt die Verwaltung, die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

6 05 - 14 0900/2008 Planfeststellung für den Neubau einer Anschlussstelle an der A3/L90 – Netterdensche Straße –; hier: Stellungnahme der Stadt Emmerich am Rhein als Träger öffentlicher Belange

Herr Kemkes erläutert die Vorlage eingehend anhand einer Powerpoint-Präsentation. Das Planfeststellungsverfahren wurde im Oktober 2002 eingeleitet. Bei der ersten Offenlage gab es damals umfangreiche Bedenken seitens der Anwohner (Notwendigkeit des Autobahnanschlusses) und der Landschaftsbehörden, so dass die Planung überarbeitet wurde. Die erneute Offenlage findet in der Zeit vom 18.08.2008 bis 19.09.2008 statt. Bis Mitte Oktober liegt die Frist, Anregungen und Bedenken schriftlich oder mündlich vorzutragen.

Das Bundesverkehrsministerium hat im Jahre 1992 der Maßnahme zugestimmt und seit dem Jahre 1998 existiert zu der Planung ein Sichtvermerk, der die technische Ausführung des Bauwerkes vom Bundesverkehrsministerium für gut heißt.

Weiter führt er aus, dass mit den Gewerbeflächen im Osten der Stadt Emmerich am Rhein, dem LogistikGewerbepark und den Hafentflächen der Ausschlag dafür gegeben wurde, dass ein 3. Autobahnanschluss in dem vorgeschlagenen Bereich sinnvoll ist. Durch diesen 3. Autobahnanschluss ermöglicht man den Gewerbebetrieben einen kurzen Weg zur Autobahn. Dadurch erfährt der Bereich um das Wasserwerk „Helenenbusch“ eine

Verkehrsentlastung, so dass Umweltbelange zum Vorteil bewältigt werden.

Hinsichtlich der technischen Ausführung des Bauwerkes hat sich gegenüber der ersten Offenlage nur maginal etwas verändert.

Im Jahre 1991, als die Stadt Emmerich den Antrag für einen 3. Autobahnanschluss gestellt hatte, ist ein Verkehrsgutachten erstellt worden, was Grundlage für die erste Offenlage war. Das Verkehrsgutachten wurde hinsichtlich seiner Aussagekraft angezweifelt, was dazu führte, dass im Jahre 2002 eine Überarbeitung des Verkehrsgutachtens mit einem Prognosehorizont bis zum Jahre 2010 erfolgte. Danach musste es erneut überarbeitet werden mit einem Prognosehorizont bis zum Jahre 2020. Der Landesbetrieb hat die Überarbeitung des Verkehrsgutachtens ohne nähere Abstimmung mit der Stadt Emmerich am Rhein in Auftrag gegeben. Dieses überarbeitete Verkehrsgutachten ist nunmehr Grundlage für die weitere Planfeststellung. Der Landesbetrieb hat 4 mögliche Verkehrsvarianten in die Überlegungen einbezogen. Die Variante 1a sieht den Anschlusspunkt der Autobahn an die L 90 ohne weitere Umbaumaßnahmen an den Verkehrswegen vor. Die Verkehrsverteilung ist dahin gehend berechnet worden, dass sich die Belastung von derzeit ca. 1.700 Fahrzeugen pro 24 Stunden auf der L 90 auf ca. 6.770 Fahrzeuge erhöht. Ein Teilverkehr des normalen Verkehrs (kein LKW-Verkehr) kann über den Ravensackerweg abgeführt werden.

Die Variante 1b sieht eine Anschlussstelle an die L 90 mit Einbeziehung des Gewerbegebietes Ost IV (1. Teil), ohne den ganzen Ausbau des Ravensackerweges bis zur L 90, vor. Hier geht man von einer Verkehrsbelastung von 7.450 Fahrzeugen aus.

In der weiteren Betrachtung (Variante 2a) ist die sogenannte „kommunale Lösung“ (Ausbau vom Kreisverkehr Weseler Straße bis zur L 90) hinzugekommen. Bei diesem Planungsfall geht man davon aus, dass mit einer Querschnittsbelastung auf der L 90 von rd. 7.000 Fahrzeugen zu rechnen ist.

Das gleiche gilt für die Variante 2b; lediglich mit der Ergänzung, dass der 2. Bauabschnitt des Gewerbegebietes Ost IV voll ausgebaut ist. Hier geht man von einer Querschnittsbelastung auf der L 90 von rd. 8.690 Fahrzeugen aus.

Das Gutachten geht ferner davon aus, dass aufgrund der kommunalen Querspanne sich der Verkehr auf der L 90 im Kurvenbereich auf ca. 4.190 Kfz/24 h reduziert.

Hierbei handelt es sich um die Rahmenbedingungen, die seitens des Landesbetriebes genutzt werden, um zu sagen, es gibt für den Bereich der L 90 aufgrund der angedachten Verkehrsbelastung (4.190 Fahrzeuge) keinen konkreten Bedarf, an der L 90 etwas zu verändern.

Seitens der Verwaltung wird dies in der Vorlage anders dargestellt. Heute hat man eine Querschnittsbelastung von 1.700 Fahrzeugen, die dann auf das 4fache ansteigt, so dass man sich überlegen muss, zumindest für den Radfahrer auf der L 90 eine Lösung findet.

Die derzeitige Situation sieht so aus, dass der Radweg nach Überquerung der Brücke in Richtung Emmerich endet und der Radfahrer weiter auf die L 90 geführt wird. Erst nach einer Länge von ca. 360 m bestünde eine Möglichkeit in die Durlinger Straße abzubiegen. Seitens der Verwaltung wird Wert darauf gelegt, dass im Rahmen der Planfeststellung die Frage des Netzschlusses der Radfahrer einer Klärung zugeführt wird.

Nunmehr geht er auf den Rahmenplan für das Gewerbegebiet Ost IV ein. Der Planungsabschnitt 1 ist teilweise realisiert und der Planungsabschnitt 2 befindet sich am Beginn des Verfahrens für eine weitere Entwicklung. Die Weiterführung zur L 90 ist im Rahmenplan als optionale Anbindung angedacht gewesen.

Aufgrund der derzeitigen Erkenntnisse (Gründerwerbsfragen, Anschluss an die L 90) ist die vom Landesbetrieb angesetzte Lösung vor dem zeitlichen Horizont eher unrealistisch anzusehen, dass dies kurzfristig erfolgt. Dies allerdings als eine Lösung für den 3. Autobahnanschluss zu nutzen ist aus Sicht der Verwaltung nicht der richtige Wege.

Hinsichtlich der Fragestellung „Ortsumgehung Ja oder Nein“ hat es im Jahre 2006 ein EGVP-Verfahren gegeben; d. h. Durchführung einer Bewertung inwiefern eine solche Ortsumgehung für notwendig erachtet wird. Ergebnis war, dass man die vorgelegte Variante aus dem Landesstraßenbedarfsplan gestrichen hat.

Zusammenfassend zur Stellungnahme legt er dar, dass der Grundsatz der sein sollte, dass die Notwendigkeit eines 3. Autobahnanschlusses von der Stadt Emmerich am Rhein gestützt wird. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass im Rahmen der Stellungnahme beachtet werden muss, dass die seinerzeitige Forderung des Rates nach einer Ortsumgehung zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Gefahr birgt, dass weitere Prüfungen im Rahmen des Landesstraßenbedarfsplanes EGVP dazu führen, dass das Verfahren erneut auf die lange Bank geschoben wird.

In der Verwaltung war man sich dahin gehend einig, dass der 3. Autobahnanschluss gewollt ist. Es wird die Notwendigkeit gesehen, für die Radfahrer, welche die L 90 befahren, eine Lösung zu erarbeiten, die es ermöglicht, den Radfahrer über Parallelwege zu führen. Die letztendliche Fragestellung, ob es eine Ortsumgehung gibt oder nicht, soll dann einem Prüfungsverfahren unterzogen werden, wenn der 3. Autobahnanschluss vorhanden ist und die Entwicklung der Verkehrsbelastungen auf der L 90 beobachtet werden können.

Mitglied Jessner stellt fest, dass Emmerich bereits jetzt über eine hervorragende Anbindung an das Autobahnnetz verfügt. Dies soll aber nicht heißen, dass der 3. Autobahnanschluss überflüssig ist. Selbstverständlich ist ein 3. Autobahnanschluss sinnvoll, da er zu einer Entlastung von Knotenpunkten und erheblichen Fahrzeit- und Fahrtstreckenverkürzungen führt. Der geplante 3. Autobahnanschluss muss den gesamten Schwerlastverkehr aus den Bereichen Hafen, Stadtweide, Vrasselt, Praest und den PKW-Verkehr aus den Bereichen Vrasselt, Dornick, Praest, Leegmeer, Spielberg und der Innenstadt aufnehmen.

Würde man dem 3. Autobahnanschluss seine Zustimmung erteilen und die L 90 in ihrem jetzigen Ausbauzustand belassen wagt er die Aussage, dass es zu unhaltbaren Verkehrssituationen kommen wird. Der größte Anteil der Radfahrer, die aus dem Bereich Duirlinger Straße kommen, müssen in dem gefährlichen Bereich die L 90 in Richtung Schwarzer Weg versetzt überqueren. Bereits bei der heutigen kaum vorhandenen Verkehrsbelastung ist dies schon gefährlich.

Zusätzlich spricht er noch ein weiteres Problem an, was sich für den Bereich der K 16/L 90 herausstellen wird. Bereits heute ist dies eine schwierige Kreuzung, da die Sichtbeziehungen nicht deutlich sind.

Der Landesbetrieb Straßenbau hat aus ihm nicht verständlichen Gründen ganz offensichtlich mit Fehl- und Falschinformationen versucht, ein Nachdenken über einen Ausbau der L 90 zu verhindern. Die vom Landesbetrieb Straßenbau überprüfte Variante ist gänzlich unsinnig und kostet enorm viel Geld, worauf hin sie dann in der Rangliste der einzelnen Maßnahmen nach hinten gerutscht ist. Bei Aufstellung des Landesstraßenbedarfsplans ist sie somit in eine Kategorie eingestuft worden, die nicht zur Realisierung kommt. Alle dagegen sprechenden Argumente vom Regionalrat und der Verwaltung wurden vom Landesbetrieb Straßenbau nicht berücksichtigt. Auch die Argumente für die kommunale Lösung wurden nicht berücksichtigt.

Er glaubt allerdings auch nicht, dass nach Bau des 3. Autobahnanschlusses zügig der Ausbau der L 90 realisiert wird.

In der Abwägung muss die Frage gestellt werden, was der Stadt Emmerich wichtiger ist: der

Autobahnanschluss Budberger Straße jetzt sofort oder der Autobahnanschluss zu einem späteren Zeitpunkt mit einer vernünftigen Verkehrsanbindung. Für seine Fraktion ist klar, dass man der zweiten Lösung den Vorzug gibt.

Daher sollte der Beschlussvorschlag der Verwaltung so verändert werden, dass der Ausbau der L 90 mit dem Kreuzungsbereich K 16/L 90 und Lösung für den Radwegeverkehr zur Voraussetzung zur Zustimmung des Ausbaus des 3. Autobahnanschlusses gemacht wird. Dem Verwaltungsvorschlag kann in der Konsequenz somit nicht zugestimmt werden.

Mitglied Sickelmann vertritt die Auffassung, dass mit der vorgelegten Stellungnahme Zustände geschaffen werden, die nicht wünschenswert sind. Mitglied Jessner hat dies sehr eindrucksvoll beschrieben. Gegenüber den Bürgern von Klein Netterden hatte der Rat die Aussage getroffen, dass man sich nur für den 3. Autobahnanschluss einsetzen würde, wenn die Ortsumgehung realisiert wird. Nunmehr wird eine Stellungnahme vorgelegt, wo man auch die Zustimmung ohne die erforderliche Ortsumgehung geben würde. Seitens ihrer Fraktion betrachtet man die Maßnahme kritisch.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs führt zur Maßnahme „Ausbau der L 90“ aus, dass der aktuelle Straßenbedarfsplan alle Maßnahmen umfasst, deren Realisierung bis zum Jahre 2015 abgeschlossen oder begonnen sind. Die Maßnahmen, die dort nicht aufgelistet sind, kommen nach dem Jahre 2015.

Mitglied Sickelmann wünscht eine genauere Verkehrsuntersuchung. Da die Niederlande auch von dem 3. Autobahnanschluss profitieren möchte sie wissen, ob diese Verkehrsströme in die Verkehrsuntersuchung eingeflossen sind. Auf der anderen Rheinseite stehen Planungen im Raum, die B 9 weiter zu bauen, um die Verkehre aus Nimwegen an die A 3 zu bringen und anderes herum, auch die Verkehre vom 3. Autobahnanschluss entsprechend abzuleiten. Man befürchtet, dass noch ganz andere Schwerlastverkehre kommen werden (Verdreifachung der Güterverkehre etc.).

Herr Kemkes teilt darauf hin mit, dass in der Variante 1a mit 1.650 Fahrzeugen, davon ein kleiner Anteil von LKW, aus Richtung Klein Netterden gerechnet wurde. Der Ortsteil Klein Netterden hat die Ortsdurchfahrt für den LKW-Verkehr gänzlich gesperrt. Hinzu kommt, dass das Brückenbauwerk, welches die Löwenberger Landwehr überquert, nur bedingten Schwerlastverkehr aufnehmen kann. Der zu erwartende Mehrverkehr wird sich somit auf den KFZ-Verkehr auswirken. In den Ursprüngen der Überlegungen zum 3. Autobahnanschluss gab es eine Überlegung dahin gehend, ab dem Brückenbauwerk die Straße in Richtung Netterden als eine Ortsumgehung für den Ort zu führen, um sie später auf die kommunale Überlandstraße zu führen. Damals ist diese Überlegung seitens der Niederlande eingestellt worden.

Mitglied Sickelmann fragt die Verwaltung an, ob sie diese Möglichkeit nochmals mit den Niederlanden besprechen könne.

Hierauf teilt der Erste Beigeordnete Dr. Wachs mit, dass der technische Beigeordnete der Gemeinde Oude IJsselstreek mitgeteilt hat, dass eine derartige Überlegung nicht zur Debatte steht.

Mitglied Beckschaefer gibt Mitglied Jessner dahin gehend recht, dass im Bereich der L 90 etwas passieren muss und der Kreuzungsbereich Netterdensche Straße/Weseler Straße einen Kreisverkehr erhalten muss. Auf der anderen Seite hört man, dass bereits im Jahre 1992 die ersten Überlegungen für den 3. Autobahnanschluss gemacht wurden. Bis jetzt sind somit also 16 Jahre vergangen. Auf niederländischer Seite wurde in einem Zeitrahmen von 10 Jahren eine komplette Autobahnumgehung von Amsterdam gebaut.

Für die BürgerGemeinschaft teilt er mit, dass sie ganz hinter der Verwaltungsvorlage steht und alles getan werden muss, um den 3. Autobahnanschluss schnellstmöglich zu bekommen. Der 3. Autobahnanschluss sollte nicht durch weitere kritische Forderungen verzögert werden. Selbstverständlich muss eine Lösung für die Radfahrer erfolgen. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, dass das fehlende Stück von 300 m von der Stadt Emmerich am Rhein übernommen wird.

Ferner weiß er zu berichten, dass lt. Artikel in der hiesigen Tageszeitung ein Unternehmen aus dem Gewerbegebiet Ost II mit dem 3. Autobahnanschluss ca. 90.000,00 € im Jahr an Transportkosten einsparen würde. Die Spediteure warten auf diesen 3. Autobahnanschluss. Er stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied ten Brink zeigt auf, dass man 2 Möglichkeiten hat. Zum einen erhält man den 3. Autobahnanschluss mit Ausbau der L 90, wobei man nicht weiß, wann der Ausbau der L 90 erfolgt. Zum anderen kriegt man den 3. Autobahnanschluss ohne den Ausbau der L 90 und womöglich erhält man den Ausbau der L 90 unter Zwang, sofern dort ein Gefahrenschwerpunkt vorliegt. Mit einem Ausbau der L 90 ist vor dem Jahre 2015 nicht zu rechnen. Es ist verwunderlich, dass der Landesbetrieb Straßenbau davon ausgeht, eine städtische Straße (Ravensackerweg, Budberger Straße) als Landstraße zu benutzen und man da bereits einen Kreisverkehr hat, so dass zukünftig an der L 90 nichts mehr passieren muss. Es sieht fast so aus, als wolle der Landesbetrieb Straßenbau die gesamte L 90 abgeben. Insofern tut er sich schwer, bei dieser Vorlage eine Entscheidung zu treffen. Selbstverständlich ist der 3. Autobahnanschluss das wichtigere Argument, aber die Anwohner im Ortsteil Klein Netterden müssen davon Kenntnis erlangen, unter welchem Zwang diese Entscheidung vom Rat der Stadt Emmerich am Rhein getroffen wurde. Abschließend teilt er mit, dass die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage in der vorgelegten Form zustimmt und stellt den entsprechenden Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs macht nochmals deutlich, dass das Planfeststellungsverfahren noch erfolgt, worin die Interessen, Gegebenheiten etc. zur Kenntnis genommen werden müssen und durch eine planfeststellende Behörde zu einem Ergebnis geführt werden müssen. Die Interessen der Bewohner werden entsprechende Berücksichtigung finden. Die Rechte des Einzelnen werden in dem Verfahren auf jeden Fall gewahrt werden. Aufgabe eines Planfeststellungsverfahrens ist es, die Interessen eines Jedweden zu berücksichtigen und gerecht abzuwägen. Heute fällt nicht der endgültige Beschluss zum Ja oder Nein des 3. Autobahnanschlusses; hier wird lediglich eine Stellungnahme in einem Planfeststellungsverfahren abgegeben.

Mitglied Jessner macht deutlich, dass im Jahre 2015 das jetzige Programm des Landesstraßenbedarfsplanes ausläuft. Wahrscheinlicher ist aber, dass es nicht schon 2015 ausläuft sondern einige Jahre später, da die Maßnahmen in der Zeit nicht abgearbeitet werden können. Erst dann, wenn eine Fortschreibung erfolgt, können neue Maßnahmen angemeldet werden und ein entsprechendes Planungsrecht erreicht werden. Nimmt man die Maßnahme „Ausbau der L 90“ in die Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplanes auf muss man jedoch davon ausgehen, dass über einen langen Zeitraum nichts passieren wird. Geht man davon aus, dass die Beurteilung der Verwaltung (unverträgliche Verkehrssituationen) richtig ist, könnte eine andere Abwicklung dann erfolgen, wenn sich der Bereich zu einem Unfallschwerpunkt entwickelt. Er will nicht mitverantwortlich sein, dass erst ein 3. Autobahnanschluss geplant wird mit der Hoffnung, dass dort ein Unfallschwerpunkt festgestellt wird um den Ausbau der L 90 zu erlangen. Seine Fraktion geht mit der Verwaltung davon aus, dass der Bereich Radwegeverkehr und Kreuzung nicht verträglich abgewickelt werden kann. Aus seiner Sicht liegt eine verantwortliche Entscheidung darin, dafür zu sorgen, dass 3. Autobahnanschluss und Ausbau der L 90 zusammen erfolgen.

Herr Kemkes erläutert, dass, wenn es um die Überarbeitung des Landesstraßenbedarfsplanes geht, im Vorlauf neue Anmeldungen von Maßnahmen geben wird, die den gleichen Prüfungsprozess wie damals durchlaufen. Vor dem Hintergrund, dass man bereits einen Planfeststellungsbeschluss hat und möglicherweise auch schon zum Zeitpunkt der Prüfung eine ausgebaute Anschlussstelle hat, sind die Parameter, die in die Untersuchung eingehen, andere als heute. Seitens des Landesbetriebes Straßenbau werden keine Prognosen angenommen; die betrachten nur den jeweiligen Ist-Zustand. Daher wird verwaltungsseitig die Meinung vertreten, dass man auch mit einem gewissen Restrisiko, dass über einen bestimmten Zeitraum mit einer überhöhten Verkehrsbelastung zu rechnen ist, leben muss. Durch diese größere Verkehrsbelastung erhöhen sich die Chancen für die Stadt Emmerich am Rhein, sowohl den 3. Autobahnanschluss als auch den Ausbau der L 90 zu bekommen.

Mitglied Sickelmann macht deutlich, dass mit dieser Stellungnahme dem Bürger ein Sicherheitsrisiko zugemutet wird. Die Bereitschaft zur Investition beim Landesbetrieb Straßenbau ist gar nicht da. Sie schließt sich der Meinung von Mitglied Jessner an und findet diese Lösung untragbar.

Vorsitzender Lang lässt nunmehr über den gemeinsamen Antrag der Mitglieder Beckschaefer und ten Brink, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Ausführungen zu den Punkten „3. Beschreibung und Bewertung der Projekthalte“ und „4. Anregungen der Stadt Emmerich am Rhein“ als Grundlage für die im Rahmen des 2. Anhörungsverfahrens zum Neubau einer Anschlussstelle an der A3/L 90 – Netterdensche Straße – (Emmerich-Süd) zu formulierende Stellungnahme der Stadt Emmerich am Rhein.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 7 05 - 14 0902/2008 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 13/2
- Groendahlscher Weg -;
hier: 1. Abwägung der im Rahmen der Öffentlichkeits-
und Behördenbeteiligungen eingegangenen**

Stellungnahmen

2. Satzungsbeschluss

Mitglied Tepasß stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Rat nimmt den Bericht zur durchgeführten Offenlage und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Kenntnis.

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 13/2 -Groendahlscher Weg- mit Entwurfsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan dahin gehend geändert, dass

- a) die Art der baulichen Nutzung für den mit dem Wohnhaus Arnheimer Straße 9 bebauten Teil des Grundstückes Gemarkung Emmerich, Flur 13, Flurstück 194 umgewandelt wird von Gewerbegebiet (GE) in allgemeines Wohngebiet (WA) mit maximal II-geschossiger offener Bebauung, GRZ 0,4 und zulässiger Einzel- und Doppelhausbauweise,
- b) die überbaubare Fläche für den neuen WA-Bereich mit einer Tiefe von 16,0 m in der

- c) Lage des bestehenden Wohngebäudes festgesetzt wird, für den verbleibenden Gewerbegebietsbereich zwischen Arnheimer Straße und Düsseldorfer Straße eine Nutzungsbeschränkung auf "das Wohnen nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe" festgesetzt wird,
- d) die Festsetzung der überbaubaren Fläche im verbleibenden Gewerbebereich an die neue nördliche Gebietsgrenze angepasst wird.

Beratungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**8 05 - 14 0903/2008 9. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes
Nr. EL I/1 - Am Dudel -;
hier: 1. Aufstellungsbeschluss
2. Beschluss zur Offenlage**

Vorsitzender Lang lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Zu 1)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB, den Bebauungsplan Nr. EL I/1 -Am Dudel- im Wege eines vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB für das Grundstück Stokkumer Straße 38 - 40, Gemarkung Elten, Flur 24, Flurstücke 72, 74, 76 und 78, dahin gehend zu ändern, dass im hinteren Grundstücksbereich eine zusätzliche überbaubare Fläche festgesetzt und die südliche Grundstückshälfte von allgemeinem Wohngebiet (WA) insgesamt in reines Wohngebiet (WR) mit dem Maß der baulichen Nutzung des angrenzenden WR-Gebietes und der Einschränkung auf 2 Wohneinheiten pro Wohngebäude umgewandelt wird.

Zu 2)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, eine öffentliche Auslegung des Bebauungsplanänderungsentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

**9 05 - 14 0897/2008 Außenbereichssatzung „Hauberg“
gemäß § 35 Abs. 6 BauGB;
hier: 1. Aufstellungsbeschluss
2. Offenlage**

Die Anfrage von Mitglied Tapaß, ob dies Auswirkungen auf den Flächennutzungsplan hat, wird seitens Herrn Kemkes verneint. Es handelt sich um eine Außenbereichssatzung, die eine Sonderregelung für die Abrundung einer jetzt schon bestehenden bebauten Situation im Außenbereich darstellt. Die Darstellung im Flächennutzungsplan wird nicht verändert. Er stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Auf Anfrage von Mitglied Beckschaefer antwortet Herr Kemkes, dass der Sinn und Zweck darin liegt, dass der Eigentümer in Zusammenarbeit mit der Verwaltung nach Nachnutzungen für das Betriebsgelände gesucht hat. Das Vorhaben befindet sich im Außenbereich, wo die Zulässigkeit sehr schwierig ist. Es sind eigentlich nur privilegierte Vorhaben, d. h. landwirtschaftliche Nutzung, zulässig. Das Erreichen einer gewerblichen Folgenutzung ist mit den Vorschriften des Außenbereiches kaum in Einklang zu bringen.

Daher rührt nunmehr diese Idee, für den Außenbereich eine Außenbereichssatzung aufzustellen. Das Planungsgebiet wurde sehr eng gesteckt; nicht die gesamte Fläche des Betriebsgeländes ist einbezogen. Dieses Plangebiet kann dann ausschließlich mit einer Wohnbebauung realisiert werden.

Mitglied Beckschaefer teilt für seine Fraktion mit, dass man der Vorlage zustimmt. Er regt bei diesem Neubaugebiet an, die Müllentsorgung über Bodenbehälter vorzusehen, so dass die Eigentümer die Tonnen nicht mehr herausstellen müssen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass es sich hierbei nicht um ein Neubau- oder Wohnbaugebiet handelt. Man befindet sich nach wie vor im Außenbereich, der primär weiterhin landwirtschaftlich geprägt sein wird. Lediglich wird im Sinne der Abrundung einer bereits bestehenden Bebauung die Möglichkeit gegeben, noch wenige Wohneinheiten zu errichten. Herr Kemkes ergänzt weiter und führt aus, dass dieses Gebiet einen Wohnbereich mit ca. 15 Einfamilienhäusern umfasst, die teilweise als landwirtschaftlicher Nebenerwerb betrieben werden. Es geht lediglich um die Einbeziehung von Teilen der Fläche der ehemaligen Papierfabrik; es handelt sich um ca. 4 bis 6 Wohngrundstücke.

Mitglied Sickelmann gibt für ihre Fraktion zu Protokoll, dass man der Vorlage nicht zustimmt. Ihrer Meinung nach, und auch Meinung der Bezirksregierung, befürwortet man dadurch die Verfestigung einer Splittersiedlung. Ferner fragt sie an, ob man die städtische Infrastruktur in den Bereich einbezieht. Die Kosten des „Bauens auf der Grünen Wiese“ sind auch nicht betitelt. Die Entwässerung muss auf Kosten der Allgemeinheit erfolgen. Ihrer Meinung nach wird mit den Gewerbetrieben bereits eine kritische Bilanz überschritten, dass riesige Entwässerungsbereiche vorhanden sind, die von einer relativ kleinen Einwohnerzahl unterhalten werden muss. Die Kosten für die Ver- und Entsorgung für diesen Bereich werden sehr hoch sein, die dauerhaft zu Lasten der Allgemeinheit gehen werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs geht auf die befindliche städtebauliche Situation ein. Es handelt sich hierbei um einen aufgelassenen Betrieb, der bereits seit einem $\frac{3}{4}$ Jahr leer steht und langsam verfällt. Ein Rückbau ist nicht einfach; man kann den Eigentümer nicht zu einem Rückbau verpflichten.

Ferner ist bereits eine Wohnbebauung vorhanden. Nunmehr geht es darum, die vorhandene Wohnbebauung an einem Randbereich abzurunden. Die Frage der Ver- und Entsorgung ist bereit geregelt, so dass die Häuser, die hinzukommen, sich dieser Regelung anschließen. Ihre Fragestellung, evtl. noch weitere städtische Flächen einzubeziehen, ist bauplanungs- und baurechtlich unzulässig.

Mitglied Sickelmann fragt an, ob sich dieser Bereich im Überschwemmungsgebiet befindet.

Herr Kemkes wirft ein, dass man sich hier am Anfang eines Satzungsverfahrens befindet. Innerhalb dieses Satzungsverfahrens sind all die angesprochenen Dinge zu überprüfen. Am Ende des Verfahrens wird in einer Fachausschusssitzung über den Satzungsbeschluss beraten werden.

Vorsitzender Lang lässt über den gemeinsamen Antrag der Mitglieder Tapaß und Beckschaefer, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Zu 1.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, ein Verfahren zur Aufstellung einer Außenbereichssatzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB für die bebauten Grundstücke an der Straße „Hauberg“ im Ortsteil Elten einzuleiten.

Zu 2.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung die Öffentlichkeitsbeteiligung

auf der Grundlage des um die Begründung noch zu ergänzenden Satzungsvorentwurfes als öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

10 05 - 14 0895/2008 Ausbau der Stokkumer Straße

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Niederschrift der durchgeführten Bürgerunterrichtung zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**11 05 - 14 0905/2008 Straßenbeleuchtung Hühumer Straße;
hier: Antrag Nr. IX/2008 der BGE-Ratsfraktion**

Mitglied Beckschaefer teilt mit, dass man mit der Stellungnahme nicht einverstanden ist. Der Antrag wurde deswegen gestellt, weil etliche Eltern auf die Hühumer Mitglieder mit der Bitte zugegangen sind, dort Abhilfe zu schaffen. Er hat sich die Örtlichkeit selber angesehen. Kommt man vom Trafohaus (Lörcks) und fährt in Richtung Reithalle besteht eine Freilandleitung bis hinter der Einfahrt zur Gaststätte „Braam“. An diesen Masten befinden sich 2 oder 3 funktionstüchtige Lampen. Strom bekommen diese Lampen über ein Erdkabel. Ab dieser Stelle bis ungefähr dort, wo die Hochspannung die Straße kreuzt, befindet sich nichts. Danach kommt wieder Freilandleitung, die sich bis zur Ecke Hoher Weg/Hühumer Straße lang zieht. Dort befindet sich ebenfalls eine funktionstüchtige Lampe, die über ein Erdkabel gespeist wird. Daher kann es kein Problem sein, auf diesem Zwischenstück 2 bis 3 Lampen aufzustellen. Er bittet seitens der Verwaltung um nochmalige Überprüfung. Mit der Abhilfe kann doch nicht so lange gewartet, bis dort ein Unfall geschieht.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass in regelmäßigen Abständen für alle Außenbereiche solche Anfragen gestellt werden. Fakt ist aber, dass es sich hier um Außenbereich handelt. Fängt man einmal im Außenbereich an, muss man an allen anderen Stellen ebenfalls nachziehen. Dadurch fallen dann selbstverständlich auch Kosten an, die von der Allgemeinheit getragen werden müssten.

Mitglied ten Brink teilt mit, dass auch in seiner Fraktion hierüber diskutiert wurde. Dann war man sich aber der Situation bewusst und musste feststellen, dass, wenn man an einer Stelle eine Ausnahme macht, noch mehr von diesen Ausnahmen nach sich zieht. Mitglied ten Brink macht den Vorschlag, ob man die vorhandenen Lampen durch Lampen ersetzen könnte, die einen weiteren/größeren Ausstrahlungswinkel haben.

Mitglied Beckschaefer macht den Vorschlag, dass mit dem Reitverein das Gespräch mit dem Ziel gesucht wird, dass der Reitverein sich bereit erklärt, eine Verkabelung bis dorthin zu ziehen.

Die Verwaltung wird diesen Vorschlag prüfen. Über das Ergebnis wird in der nächsten Fachausschusssitzung berichtet.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 12 05 - 14 0906/2008 Zusammenarbeit mit der Stiftung "Rheinische Kulturlandschaft" betr. Zusammenarbeit bei künftigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen; hier: Antrag Nr. VIII/2007 der CDU-Ratsfraktion**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

13 **Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen

Gleisarbeiten zwischen Mehrhoog und Landesgrenze: hier: Mitteilung des Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass in der Zeit vom 24.08.2008 bis 29.09.2008 im Bereich zwischen Mehrhoog und Landesgrenze Gleiserneuerungsarbeiten stattfinden. In Konsequenz bedeutet dies, dass die Lichtsignal- und Schrankenanlagen außer Betrieb genommen werden und durch entsprechendes Bahnüberwachungspersonal geregelt wird. Die Bahnübergänge Haagsche Straße, Felix-Lensing-Straße und Borgheeser Weg werden für diese gesamte Zeit gänzlich gesperrt. Bezüglich des Bahnüberganges B 8 in Hüthum wird über eine halbseitige Sperrung nachgedacht.

Auf Anfrage von Mitglied Beckschaefer antwortet der Erste Beigeordnete Dr. Wachs, dass der Bahnübergang ,s Heerenberger Straße nicht gesperrt wird, sondern lediglich durch das Bahnüberwachungspersonal geregelt wird.

Anfragen

1.) Radweg Wassenbergstraße; hier: Anfrage von Mitglied Tapaß

Mitglied Tapaß führt aus, dass seinerzeit die Wassenbergstraße abgestuft wurde und als Entschädigung einen Betrag von 300.000,00 € erhalten hat. Seines Wissens ist dieser Betrag zweckgebunden für Instandhaltungsarbeiten etc. an der Wassenbergstraße. Im Haushaltsplan war ersichtlich, dass, als die Straße den neuen Kanal bekommen hat, ein Teil des Geldes für die Erneuerung der Straßendecke verwandt wurde.

Herr Kemkes erläutert, dass im Haushalt die 300.000,00 € erscheinen. Im Jahr 2007 sind 50.000,00 € angesetzt, im Jahr 2008 sind 80.000,00 € angesetzt. Diese sind nunmehr im Zuge der Kanalsanierung bei der Fahrbahnerneuerung und Rinnenregulierung verbaut worden. Im Investitionsprogramm sind in den Folgejahren jeweils 80.000,00 € für weitere Sanierungsmaßnahmen eingestellt.

Für Mitglied Tapaß stellt sich der Fall nunmehr somit dar, dass das restliche Geld nur im Haushalt geblieben ist, damit der Haushalt genehmigt wird.

Herr Kemkes erklärt weiter, dass bereits im Vorfeld zur Kanalbaumaßnahme eine Maßnahme der Stadtwerke im Geh- und Radwegbereich von Löwenberger Straße bis Sparkasse durchgeführt wurde. Dort sind Gas- und Wasserleitungen verlegt worden. In Absprache mit den Stadtwerken hat man dann im Teilstück Nierenberger Straße bis zur Sparkasse im Radweg in Fahrtrichtung „Heilig-Geist-Kirche“ die Leitungen verlegt und die Oberflächen des Radweges saniert. Das restliche Geld wird in Teilmaßnahmen umgesetzt werden.

**2.) Unterführung Löwentor;
hier: Anfrage von Mitglied Tapaß**

Mitglied Tapaß geht auf den Zustand der Unterführung Löwentor ein. Bis zur Sitzung des Rates sollte eine Möglichkeit zur Sanierung vorgeschlagen werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass vor ca. 4 Wochen ein Bürger auf die Verwaltung mit der Mitteilung zugekommen ist, dass es an der Unterführung furchtbar aussieht. Nach einer durchgeführten Ortsbesichtigung musste man allerdings feststellen, dass im Sinne einer Pflege (wie z. B. Schneiden der Hecke etc.) dem nicht beizukommen ist. Was jedoch gemacht wird, ist, dass für die Beleuchtung, Sauberkeit, Verkehrssicherung Sorge getragen wird.

**3.) Bänke Rheinpromenade;
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer**

Herr Kemkes teilt auf Anfrage von Mitglied Beckschaefer mit, dass die Bänke bestellt sind und in ca. 3 bis 4 Wochen geliefert und aufgestellt werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert, dass nach dem Beschluss im Fachausschuss eine Ortsbesichtigung stattgefunden hat. Eine Anregung aus der Sitzung heraus war die, dass man die vorhandenen Mauerscheiben für das Aufbringen von Sitzmöglichkeiten nutzen können. Allerdings war hier dann das Problem, dass man sich im Bereich der Deichschutzzone befindet. Eine Klärung mit dem Deichverband hat etwas länger gedauert.

**4.) Großbrand Bahnhof;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann**

Mitglied Sickelmann geht auf den vor geraumer Zeit passierten Großbrand am Bahnhof ein. Damals ist das Löschwasser im Untergrund versickert, da die Kanalzuführungsgänge zugeschmolzen waren. Sie fragt nun an, ob es eine Untersuchung und Erhebung gibt.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass lt. entsprechenden Informationen vom Kreis auf dem Gelände entsorgt wird. Eine entsprechende Akteneinsicht kann beim Kreis Kleve beantragt werden.

**5.) Sanierungsgebiet Steinstraße;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann**

Mitglied Sickelmann fragt an, wie weit der Sachstand bezüglich der Thematik „Sanierungsgebiet Steinstraße“ ist.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs führt aus, dass man sich hinsichtlich der Interessenstandortgemeinschaft sich mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Verbindung setzen muss. Diese ist derzeit mit dieser Thematik beschäftigt.

**6.) Rückbau der Beleuchtung Abergsweg, Golfplatz;
hier: Anfrage von Mitglied Reintjes**

Mitglied Reintjes teilt mit, dass die Lampe auf dem Abergsweg in Höhe des Golfplatzes abgesägt wurde. Ähnliches ist auf dem Weg zur Reithalle ebenfalls passiert. Ihn würde interessieren, wo sich die abgesägten Lampen befinden.

Eine Überprüfung der Verwaltung hat folgendes ergeben:
Bei dem angesprochenen Bereich handelt es sich um eine Freileitung, die ausschließlich für die Straßenbeleuchtung vorhanden war. Durch Sturmwirkung ist dort ein Baum in die Freileitung gefallen und musste beseitigt werden. Da es sich um einen Außenbereich handelt haben die Stadtwerke seinerzeit nach Rücksprache mit der Verwaltung keine neue Beleuchtung errichtet, da dies nur unter einem extrem hohen Aufwand möglich gewesen wäre.

14 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde sind keine Bürger anwesend.

Vorsitzender Lang schließt um 19.00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender

Schriftführerin